

Kurzbericht

Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“ des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(30. - öffentliche - Sitzung am 21. September 2021)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu

hier: Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahre 2022 und 2023

dazu: **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der mitberatende Unterausschuss behandelte den **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung -, Kapitel 0830 und den **Einzelplan 09** - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz -, Kapitel 0961 unter Einbeziehung der **Mittelfristigen Planung Niedersachsen 2021 - 2025**. Er nahm die **Einbringung** durch die Landesregierung entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch. Er schloss die Beratungen ohne Änderungsempfehlungen für den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.

2. **Zum Schutz des Wattenmeeres: Keine Erdgasförderung in Niedersachsens Küstengewässern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9595](#)

Der Unterausschuss setzte die Mitberatung mit der Entgegennahme einer Unterrichtung durch die Landesregierung und das ihm nachgeordnete Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) fort.

Im Anschluss daran empfahl er dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, dem Landtag die Annahme des Antrags in unveränderter Fassung vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: FDP

3. **Landesregierung muss den Angriff von Minister Scheuer auf den sanften Tourismus im Wattenmeer abwehren!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/9876](#)

Der Unterausschuss nahm die Mitberatung auf und verständigte sich darauf, in der nächsten Sitzung eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

4. **Verschiedenes**

Hierzu ergab sich keine Aussprache.